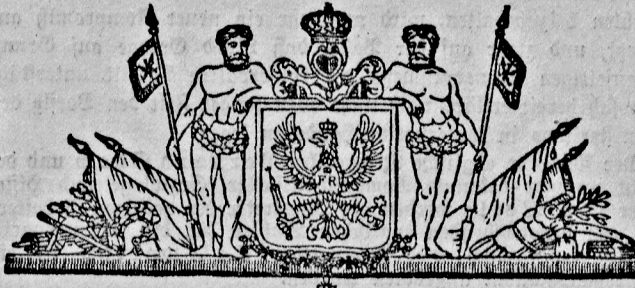


# Wolffsche



# Zeitung

10 Mark

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunst- und Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 250 Mark, unter Streifband 370 Mark im Inland, 500 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 32 Mark für den mm, Familienanzeigen 10 Mark netto für den mm. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redak. (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3690 - 3693; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 690.

## Der Reichstag für Ebert.

### Amtdauer bis 1. Juli 1925.

Die Koalitionsparteien, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei haben sich gestern nachmittag auf den Vermittlungsvorschlag des Zentrumsabgeordneten Marx geeinigt, d. h., sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß durch ein verfassungsänderndes Gesetz das Provisorium, das durch die Wahl der Nationalversammlung im Sommer 1919 geschaffen worden ist, in ein Definitivum umgewandelt und die Amtdauer des derzeitigen Reichspräsidenten bis Ende Juni 1925 festgesetzt wird.

Die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler, die um 6 Uhr abends angefangen war, hat nur wenige Minuten gedauert. Die Vertreter der Parteien beschränkten sich auf die kurze Erklärung, daß ihre Fraktionen dem Antrage Marx' zustimmen. Im Zimmer des Reichskanzlers wurde von den Vertretern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag unterschrieben, in dem es heißt:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Amtdauer des von der Nationalversammlung gewählten derzeitigen Reichspräsidenten läuft bis zum 30. Juni 1925.“

Dieser von den fünf Parteien unterschriebene Antrag, der auf eine Änderung des Artikels 180 der Reichsverfassung hinausläuft, wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gestellt werden. Seine Annahme mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit, evtl. gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten, ist gesichert. Die Opposition kann im höchsten Fall auf 70 bis 80 von 460 Stimmen rechnen.

### Bayerns Sanierungsvorschläge.

Die Vorschläge für das Reich.

München, 18. Oktober. (W. L. B.)

Die bayerische Regierung hat an die Reichsregierung eine wirtschaftliche Denkschrift gerichtet, die betont, daß an dem Worte des Reichskanzlers: Erst Brot, dann Reparationen unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ebenso müsse nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen. Als Maßnahmen zur Verhütung weiterer Verschlechterung der Mark und zur Besserung ihres Wertes bringt die bayerische Regierung in Vorschlag:

1. Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland.
2. Strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung, Einschränkung des Aufgabekreises des Reiches auf das unbedingt Notwendige, Unterlassung aller nicht unbedingt nötigen Neueinrichtungen und Beseitigung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Betriebe.
3. Möglichste Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger Waren.
4. Steigerung der inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und ihre Einstellung auf das Unentbehrliche, Veredelung des Achtstundentages.
5. Einschränkung des inländischen Bedarfs auf das Unentbehrliche.
6. Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren.
7. Möglichste Heranziehung der Ausfuhr zur Deckung der unentbehrlichen Einfuhr.
8. Verbot der Fakturierung und Zahlung in Auslandswährung für den gesamten Inlandsverkehr.

Außerdem schlägt die bayerische Regierung als repressive und prophylaktische Maßnahmen gegen die Auswüchse der Geldsucht vor:

1. strenge Überwachung der Verbände, Kartelle und Syndikate bei ihrer Preisfestsetzung;
2. Preisüberwachung auch im übrigen Verkehr;
3. schärfste Bekämpfung des Wuchers mit Zuchthaus, Ausweisung, Arbeitshaus, Vermögenskonfiskation und Schließung des Betriebes als Strafmittel;
4. Verringerung und Säuberung des Zwischenhandels.

Die Denkschrift betont schließlich, daß alle diese Vorschläge nur eine Bänderung des Übels, aber keine Heilung bringen können. Die Grundursache des Übels liegt in unseren Reparationsverpflichtungen und in dem Mißverhältnis zwischen inländischem Verbrauch und inländischer Produktion. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer künstlichen Stabilisierung des inländischen Preisniveaus wohl eingehender Prüfung wert; dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, den gesamten Devisenverkehr zum

Zweck strengster Sparsamkeit und schärferer Einschränkung der Einfuhr zu zentralisieren und alle inländischen Preise, Gehälter und Löhne auf ihre dermalige Höhe, allenfalls unter Beziehung auf die Friedenspreise und Friedenslöhne, behördlich festzusetzen. Auf solche Weise könnte der Einfluß des ausländischen Wertes der Mark auf ihren Inlandwert abgeregelt werden, ohne daß die Volkswirtschaft im ganzen dadurch zu Schaden käme.

### Ermäßigung der Einkommensteuer.

Dem Reichstage ist eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in der Form eines Initiativantrages des Abgeordneten Müller-Franken und seiner Fraktion zugegangen. Der Einkommensteuertarif soll danach folgendermaßen festgesetzt werden:

Für die ersten 300 000 M. des steuerbaren Einkommens	10 v. H.
„ weitere 200 000 „ „ „ „	15 v. H.
„ „ 250 000 „ „ „ „	20 v. H.
„ „ 250 000 „ „ „ „	25 v. H.
„ „ 500 000 „ „ „ „	30 v. H.
„ „ 500 000 „ „ „ „	35 v. H.

Weiter in Staffeln von je 500 000 Mark mit Steuerfüßen von 40, 45, 50, 55 und 60 v. H.

Bei der Lohnsteuer soll nach dem Antrage in Zukunft der Abzug betragen:

Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich	160.— M.
„ jedes Kind	320.— M.
„ die Werbungskosten	450.— M.

Der neue Tarif soll bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 Anwendung finden; die Neuregelung der Abzüge bei der Lohnsteuer soll nach dem Entwurf am 1. November in Kraft treten.

### Die französische Denkschrift.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

vi Paris, 18. Oktober.

An zuständiger französischer Stelle wurde mir heute abend erklärt, alle in der Presse erschienenen Mitteilungen über den angebliehen Inhalt der französischen Reparationsdenkschrift seien vollständig unzutreffend. Es bestätigt sich nur, daß die Denkschrift ausschließlich die Kontrolle der deutschen Finanzen behandelt, da alle Reparationsfragen nach französischer Auffassung der Entscheidung der verbündeten Regierungen unterbreitet werden sollen. Die Veröffentlichung der „Information“ vom Montag über die Bedingungen, unter denen die französische Regierung angeblich den Vorschlägen Sir John Bradburys näher treten würde, beruhen vom ersten bis zum letzten Wort auf Kombination und entbehren jeder Begründung.

Der Abgeordnete des Rhône-Departements Justin Godard hat heute der Kammer den Entwurf zu einem Gesetz vorgelegt, durch das jeder Kauf von deutscher Mark in Frankreich verboten werden soll, soweit er nicht unter bestimmten Bedingungen als direkte Liquidierung eines Handelsgeschäftes erfolgt ist. Jeder Verstoß gegen dieses Gesetz wird mit einer Geldstrafe in der fünffachen Höhe der getätigten Operation bestraft, die gleichermaßen Käufer und Verkäufer trifft.

In der Begründung führt er aus: „Die Franzosen, die deutsche Mark besitzen, haben in einem gewissen Maße den anscheinenden Bankrott Deutschlands erleichtert (1), der in seinem Kurs zum Ausdruck kommt und somit unserem Schuldner Grund liefert, von uns Zahlungsausschub und Nachlässe zu verlangen.“

### Lubersac bei Ebert und Wirth.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro meldet: Senator de Lubersac, der gestern in Berlin eingetroffen ist, um sich mit Hugo Stinnes über gewisse Ausführungseinzelheiten des auf der Heimburg abgeschlossenen Abkommens ins Benehmen zu setzen, hat dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler einen Höflichkeitbesuch abgestattet. Beide Herren haben ihm ihr Interesse an der Verwirklichung des Abkommens zum Ausdruck gebracht.

Infolge des starken Geschäftandranges zog sich auch an der gestrigen Börse die Feststellung der Kurse bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Wir wiederholen deshalb den vollständigen Kurszettel in der heutigen Nummer.

## Die Krise um Lloyd George.

Von

Dr. W. S. Edwards.

In den Londoner Zentralen der großen englischen Parteien wartet man mit höchster Spannung auf die Entscheidung, die heute im Laufe des Tages auf der Parteikonferenz der Unionisten fallen wird. Die unionistische Parteileitung hat sich nach der Rede von Lloyd George in Manchester entschlossen, das Programm für den statutenmäßig abzuhaltenden Parteitag, der schon seit einiger Zeit für Mitte November in Aussicht genommen war, zu teilen. Die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Probleme werden auf dem Mitte November stattfindenden ordentlichen Parteitag verhandelt werden. Dagegen soll die Frage, ob die Partei bereit ist, ihrem Führer im Unterhause Chamberlain und den unionistischen Kabinettsmitgliedern das Vertrauen auszusprechen für ihre bisherige Geschäftsführung und sie zu bevollmächtigen, weiterhin die Koalition mit den Lloyd-George-Liberalen im Kabinett, im Parlament und bei den Wahlen aufrecht zu erhalten, bereits heute auf einem außerordentlichen Parteitag entschieden werden.

Ueber den Verlauf der Versammlung, die darüber Beschluß fassen muß, ob die englische Kriegscoalition freiwillig in Liquidation tritt oder erst den Ausgang der Wahlen abwartet, um sich aufzulösen, verlautet zuverlässig bisher nur, daß Chamberlain einen Antrag begründen wird, in dem die Versammlung ihre Vertrauensmänner im Kabinett beauftragt, gemeinsam mit den Lloyd-George-Liberalen die Wahlen vorzubereiten. Wird dieser Antrag mit — wie man in London erwartet — knapper Mehrheit angenommen, so wird das Kabinett beschließen, Neuwahlen frühestens in der zweiten Januarwoche vorzunehmen. Gegen diesen Antrag wird der Handelsminister im Kabinett Lloyd George Baldwin sprechen. Er hat angekündigt lassen, daß er einen Antrag begründen wird, in dem die Partei aufgefordert wird, sich für die weitestgehende Freiheit des Handels, vom Zeitpunkt der heutigen Versammlung an, auszusprechen. Dieser Antrag wird nicht nur von den agrarischen und reaktionären Kreisen in der unionistischen Partei — den sogenannten Die-Hards — sondern auch von dem schwerindustriellen Flügel unterstützt werden, dessen besonderer Vertrauensmann neben dem sich in Reserve haltenden, jetzt aber von seiner Krankheit völlig genesenen Bonar Law, Baldwin ist. Unterliegt die Baldwin-Gruppe, weil ihr aus taktischen Erwägungen Bonar Law noch nicht seine volle Unterstützung leiht, so muß die Parteileitung damit rechnen, daß mit Geldmitteln der Industriellen neben den offiziellen Parteikandidaten sogenannte „unabhängige“ Unionisten bei den bevorstehenden Wahlen aufgestellt werden, die sich den Wählern gegenüber verpflichten müssen, sich keinem Fraktionszwang zugunsten der Koalition zu unterwerfen. Im unionistischen Lager bildet vorläufig die Haltung Bonar Laws das große Rätsel, von dessen Lösung Wahlparole und Wahltaktik abhängen werden. Seine Zurückhaltung geht aus dem Bestreben hervor, erst die Wahlparolen der anderen Parteien, insbesondere Lloyd Georges, zu erfahren, bevor er sich darüber entscheidet, ob er das für ihn während seines gesundheitlichen Zusammenbruchs von Chamberlain verwaltete Führeramt schon vor den Wahlen wieder übernimmt. Man hält es in unterrichteten englischen Kreisen nicht für unwahrscheinlich, daß Bonar Law die Zurückhaltung sogar bis nach den Wahlen aufrecht erhält, um in einem Parlamente, in dem wahrscheinlich keine Partei die absolute Mehrheit haben wird, als ein mit unverbrauchten Kräften ausgestatteter Koalitionistildner aufzutreten.

Mit Ausnahme der siegesgewissen Arbeiterpartei lassen die anderen englischen Parteien durch den Charakter ihrer Wahlvorbereitungen erkennen, daß sie sich auf ihr Ergebnis der Volksbefragung gefaßt machen, das zur Bildung einer neuen Mehrheitsgruppierung führen muß. Die Lloyd-George-Liberalen geben den Unionisten zu verstehen, daß diese die zurzeit im Unterhaus über die absolute Mehrheit verfügen, nicht imstande sein werden, diesen Erfolg der Siegeswahlen des Jahres 1918 zu wiederholen. Sie deuten ihren bisherigen Schicksalsgenossen an, daß sie es sich noch reiflich überlegen müßten, ob sie eine Koalition mit der rechten oder linken Seite des Hauses eingehen werden. Voraussetzung jeder Bereitschaft zur Koalitionsbildung sei aber bei ihnen die Uebernahme ihres Führers Lloyd George als Chef eines neuen Kabinetts. Die in der Umgebung des englischen Ministerpräsidenten laut gewordene Drohung, es werde, wenn die Unionisten nicht bereit seien, mit seiner Fraktion gemeinsam den Wahlkampf auf Gedeih und Verderben durchzuführen, eine Gruppe unter Chamberlains Führung zu sich herüberziehen, um mit ihr zusammen eine Mittelpartei zu bilden, wird als ein Wahlschachzug bezeichnet, dem nicht unbedingt die Tat zu folgen brauche. Diese Konstellation kommt erst in Frage, wenn Chamberlain heute als Führer eine eklatante Niederlage erleiden sollte.

Die Asquith-Liberalen bereiten sich gleichfalls auf die Rolle des Züngleins an der Waage vor. Sie legen der Arbeiter-